Gemeinsamer Antrag der SPD-, FuR- und Grünen-Fraktion zu TOP 13 Drucksache Nr. 2025-171/1

Die o.g. Fraktionen stellen folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Baumschutzsatzung zu überarbeiten mit dem Ziel, den „hohen Verwaltungsaufwand“ auf ein vertretbares Maß zu verringern. Damit werden auch die Kosten für die Betroffenen verringert. Die überarbeitete Vorlage wird bis Ende des 2. Quartals 2026 den Gemeinderat zu Entscheidung vorgelegt.

Bis dahin behält die Baumschutzsatzung ihre Gültigkeit

Begründung:

Der Deutschen Städtetag schreibt am 25.07.2025 zu den zu erwartenden Vorgaben für städtische Grünflächen.

*"Die EU-Verordnung über die Wiederherstellung der Natur (WVO) ist in Kraft und damit **unmittelbar geltendes Recht** [Hervorhebung d. d. Verf.]. Zugleich sind Konkretisierungen in einem nationalen Wiederherstellungsplan erforderlich.*

*Dieser Prozess läuft aktuell und es gilt, die Vorgaben **praxisgerecht und bürokratiearm** [Hervorhebung d. d. Verf.] für die Städte auszugestalten.*

In Art. 8 WVO, der v.a. für die Städte relevant ist, heißt es:

„kein Nettoverlust bis 2030 und Aufwachsen auf ein zufriedenstellendes Niveau ab 2031.“ Wobei der Begriff „Aufwachsen“ mit „Zunahme“ gleichzusetzen ist. Da das Bezugsjahr 2024 ist, wäre es geradezu widersinnig, jetzt der Baumschutz aufgehoben würde.

Noch einmal: Es handelt sich hierbei um geltendes EU-Recht und die Vorbereitungen sowie Beratungen zur Umsetzung in nationales Recht laufen

Neben diesen rechtlichen Faktoren geht es auch um die Lebensgrundlage in der Rheinebene, die sich zunehmend verschlechtert. Die Menschen werden immer stärker unter Hitze und Trockenheit leiden müssen. Das mag sich überdramastisiert anhören, aber immerhin sind wir die wärmste Region Deutschlands und das bei immer weiter steigenden Durchschnitts- und Spitzentemperaturen

Deshalb können ausschließlich aus Geldgründen wichtige Vorschriften, die unser zukünftiges Leben im urbanen Raum sichern sollen, nicht einfach über Bord geworfen werden. Vor allem, wenn damit die Kosten für zukünftige Generationen mutwillig erhöht werden.

Andere Städte haben „schlankere“ Regelungen, deshalb wird der Verwaltung geraten, dort Vergleiche hinsichtlich der gewünschten Modifizierungen zu ziehen.